

# **Europäische Parteien**

Andreas Kießling

Nach dem im Februar 2004 in Kraft getretenen Parteienstatut sind insbesondere fünf Parteien auf europäischer Ebene konstituiert: die Europäische Volkspartei (EVP), die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE), die Europäische Liberale und Demokratische Reformpartei (ELDR), die Europäische Grüne Partei / Europäische Föderation Grüner Parteien (EGP) sowie die Europäische Linke (EL). Im Hauptfokus der Parteiaktivitäten standen die Europawahl, die Neubesetzung der Kommission, die Zwischenbilanz des Lissabon-Prozesses sowie die EU-Verfassung.

## **Parteien, Europawahl und die neue Kommission**

Bei der Direktwahl zum Europäischen Parlament (EP) Mitte Juni 2004 bestätigten sich erneut drei Charakteristika: eine gesunkene Beteiligung (45,7 %), wobei vor allem die neuen Mitgliedsstaaten traurige Minusrekorde vermeldeten (z.B. Polen 20,9 %, Slowakei 17 %), die Dominanz nationaler Themen und die von der Bevölkerung wahrgenommene nur begrenzte Bedeutung des Urnengangs. Im Wahlergebnis perpetuierten sich trotz der erfolgten großen Erweiterungsrunde die bekannten politischen Kräfteverhältnisse. Die EVP verteidigte ihre 1999 zum ersten Mal eroberte Position als stärkste Partei und bildet bei einem europaweiten Stimmenanteil von 36,6 % (-0,5 %) mit derzeit 266 Abgeordneten die größte Fraktion im EP. Auf Rang zwei folgt die SPE, die mit 27,3 % (-1,5 %) 201 Abgeordnete stellt. Drittstärkste Partei ist die ELDR, die ihr Ergebnis um 3,9 % auf 12 % steigern konnte, so dass sie nun 88 Mandate besetzt. Verlierer der Wahl waren die Grünen, die nur noch 5,7 % (-2 %) erzielten, was 42 Abgeordneten entspricht. Die Europäische Linke verlor 1,1 % (5,6 %; 41 Mandate). 94 Mandate entfielen auf antieuropäische und nationalistische sowie nicht zu einer EP-Fraktion gehörende Parteien.

Für die künftige Entwicklung der Europäischen Parteien bedeutend war dann die Installation des neuen Kommissionspräsidenten. Obwohl die Europäische Verfassung noch nicht ratifiziert ist, sollten deren Vorschriften bereits angewendet werden. Vorgesehen ist hier, dass der Europäische Rat den Kandidaten im Lichte des Europawahlergebnisses bestimmt. Dies bot den Ansatzpunkt für die EVP, dieses europäische Spitzenamt für sich einzufordern. Den EVP-Spitzen, die sich am 17. Juni 2004 in Brüssel trafen, gelang es – geführt von EP-Fraktionschef Hans-Gert Pöttering und der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel –, den Liberalen Guy Verhofstadt, auf den sich Jacques Chirac und Gerhard Schröder bereits verständigt hatten, zu verhindern und gleichzeitig einen aus ihren Reihen, den portugiesischen Regierungschef Jose Manuel Barroso, durchzusetzen. Zwar kritisierte die SPE entsprechend die Nominierung und forderte, personelle Alternativen zu überprüfen. Doch bestätigte das EP Barroso schließlich mit deutlicher Mehrheit.

Ersichtlich wird aus dem Vorgang, dass der Europäische Rat nicht mehr alleine über die Besetzung des Kommissionspräsidenten entscheiden kann. Vielmehr kann die größte Fraktion im EP bzw. die stärkste Europäische Partei eine zentrale Rolle einnehmen. In dieser Perspektive könnte die aus den Verfassungsvorschriften resultierende (Partei-)Politisierung

der Installation des Kommissionspräsidenten zu einem Bedeutungszuwachs der Europäischen Parteien insgesamt führen.

### EVP

In den Führungsämtern personell unverändert ging die EVP in die neue Legislaturperiode. Ihr Vorsitzender ist weiterhin Wilfried Martens (CVP, Belgien), Chef der EVP-Fraktion im EP der einflussreiche Pöttering (CDU). Waren die Christdemokraten Ende der 90er Jahre noch in den anderen EU-Institutionen in einer deutlichen Minderheit, so sind die Kräfteverhältnisse heute wieder ausgeglichener. Neben Kommissionspräsident Barroso stellt die EVP weitere acht der 25 Kommissare. Außerdem werden zehn europäische Regierungen von EVP-Mitgliedsparteien geführt. Darüber hinaus vergrößerte die Volkspartei ihre Mitgliederzahl. Im Dezember 2004 wurden drei bosnische Parteien als Beobachter akzeptiert, im Januar 2005 erhielten die türkische Partei AKP von Ministerpräsident Erdogan und die Bewegung des ukrainischen Präsidenten Yuschenko diesen Status. Künftige potentielle Erweiterungsrunden werden von der Partei somit – ähnlich wie bei der Osterweiterung – antizipiert. Gleichzeitig stellte die EVP aber klar, dass die Verhandlungen mit der Türkei über eine EU-Mitgliedschaft ergebnisoffen geführt werden müssten. Insgesamt besteht die EVP nun aus 41 Vollmitgliedern, acht assoziierten Mitgliedern und 17 Beobachterparteien.<sup>1</sup>

Die inhaltliche Arbeit konzentrierte sich zum einen auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Europa. So veranstaltete die EVP eine Konferenz zur Lissabon-Strategie im November 2004. Zudem fand im Januar 2005 ein Streitgespräch zwischen Martens und dem SPE-Chef Poul Nyrup Rasmussen statt. Den anderen Schwerpunkt bildete der Ratifizierungsprozess der Verfassung, wobei sich die EVP an der Kampagne zum Referendum in Frankreich beteiligte. Beim Konvent der EVP-Mitglieder im Mai 2005 wurde dazu eine Pariser Erklärung verabschiedet, welche die Vorteile der Verfassung für die Bürger unterstrich. Angesichts des negativen Ausgangs des Volksentscheids forderten dann die nationalen EVP-Vorsitzenden auf einem Treffen am 16. Juni 2005 eine „Denkpause“. Der Europäische Rat übernahm einen Tag später diese Formulierung.

### SPE

Im Gegensatz zur EVP hat sich die personelle Struktur der SPE-Führung deutlich verändert. Auf dem Parteikongress am 24. April 2004 löste der frühere dänische Ministerpräsident Rasmussen den Briten Robin Cook im Amt des Präsidenten ab. Im EP werden die sozialdemokratischen Abgeordneten nun von Winfried Schulz (SPD) geführt. Als Erfolg verbuchte die SPE zum einen, dass sie aufgrund einer Absprache mit der EVP nach zehn Jahren mit Josep Borell (PSOE, Spanien) wieder den EP-Präsidenten für die erste Hälfte der Legislaturperiode stellt. Zum anderen gelang es, Barroso dazu zu bewegen, den umstrittenen italienischen Kommissionskandidaten Rocco Buttiglione zurückzuziehen. Ansonsten ging ihre Dominanz in den anderen EU-Institutionen zurück. Sieben Kommissare gehören SPE-Mitgliedsparteien an und in acht Ländern stellen diese den Regierungschef. Außerdem stammt der Generalsekretär des Rates/Hohe Vertreter der GASP, Javier Solana, aus der sozialistischen Partei Spaniens.

Der Rat der SPE, die aus 33 Mitgliederparteien, je fünf assoziierten Parteien und Beobachterparteien besteht, nahm im Juni 2005 eine Resolution zur Parteireform an. Die

---

<sup>1</sup> Vgl. <http://www.eppe.org>.

SPE definiert sich darin nicht primär als eigenständiger Akteur, sondern vielmehr als Hilfsmittel der nationalen Mitglieder, ihre Politik auf europäischer Ebene effektiv zu vertreten. Die Resolution enthält 15 Vorschläge für eine sichtbarere und demokratischere SPE. So sollen etwa jeweils auf Initiative der Mitgliedsparteien Netzwerke für bestimmte prioritäre Politikfelder etabliert oder transnationale Kampagnen geführt werden. Außerdem sollen Mitglieder von SPE-Parteien „SPE-Aktivisten“ werden können, was einer Art indirekten individuellen Mitgliedschaft entspräche. Schließlich soll eine Kommission eingesetzt werden, die das Parteistatut bis zum nächsten Kongress überarbeitet.<sup>2</sup>

Der Parteirat beschloss darüber hinaus auch die Prioritäten für das Jahr 2006, die auf der SPE-Erklärung zur EU-Agenda 2005-2009 beruht, die im Dezember 2004 verabschiedet wurde. Damit schließt die Partei an ihre inhaltliche Arbeit des letzten Jahres an, in deren Mittelpunkt die Halbzeitbilanz der EU-Lissabon-Strategie stand. Hierzu veröffentlichte sie im Februar 2005 in Stockholm die Deklaration „Developing Europe by creating more and better jobs“. Ferner engagierte sich auch die SPE beim Ratifizierungsprozess der Verfassung, unter anderem indem sie ein Netzwerk unter der Leitung von Giuliano Amato gründete.

## **ELDR**

Präsident der ELDR ist nach wie vor Werner Hoyer (FDP). Als Vorsitzender der EP-Fraktion, die aus den ELDR-Mitgliedern und einigen weiteren Abgeordneten besteht und sich Allianz Liberaler und Demokraten für Europa (ALDE) nennt, fungiert Graham Watson (Liberal Democrats, Großbritannien). Drittstärkste Partei sind die Liberalen nicht nur im EP, sondern auch in den anderen EU-Organen. Die ELDR-Mitgliedsparteien stellen sechs Kommissare und in fünf EU-Mitgliedsstaaten den Regierungschef. Die Liberalen vereinigen 48 Mitgliedsparteien und sechs affilierte Parteien. Darüber hinaus sind ca. 170.000 junge Europäer in der Jugendorganisation der Partei (LYMEC) eingetragen. Der inhaltliche Fokus der ELDR lag im zurückliegenden Jahr auf der Bewertung des EU-Lissabon-Prozesses.<sup>3</sup>

## **EGP/EFGP**

Als EGP-Doppelspitze agieren weiterhin Grazia Francescato (Federazione die Verdi, Italien) und Pekka Haavisto (Vihreä Liitto, Finnland). Die EP-Fraktion „Grüne/Europäische Freie Allianz“, bestehend aus 35 EGP-Abgeordneten, 5 Vertretern regionaler Parteien und 2 unabhängigen Mitgliedern, führen Daniel Cohn-Bendit (B90/Grüne) und Monica Frassoni (Federazione die Verdi, Italien). In anderen EU-Institutionen sind die Grünen nur schwach vertreten. Sie sind nur mehr an zwei nationalen Regierungen beteiligt und stellen nach dem Ausscheiden von Michaele Schreyer (B90/Grüne) keinen Kommissar mehr. Insgesamt sind in der EGP 33 Parteien vereinigt, 6 Parteien und die grüne Jugendorganisation (FYEG) haben einen Beobachterstatus.

Im Blick auf den Verfassungsprozess tat sich die EGP auf mehreren Gremiensitzungen schwer mit einer inhaltlichen Festlegung. Eigentlich wollte sich die EGP bereits auf dem Treffen der nationalen Parteiführer am 11. November 2004 positionieren. Doch zu einem „Ja“ konnte man sich erst nach zwei weiteren EGP-Ratstreffen Ende November 2004 und

<sup>2</sup> Vgl. <http://www.pes.org/content/view/179>.

<sup>3</sup> Vgl. <http://www.eldr.org/index.php?newlang=english>.

Mitte Februar 2005 durchringen. Inhaltlich wollen sich die europäischen Grünen mit der Klimapolitik besonders intensiv beschäftigen. Auf einem Ratstreffen Anfang Mai 2005 wurde deshalb beschlossen, eine gemeinsame „Klimawandel-Kampagne“ zu starten.<sup>4</sup>

### EL

Die jüngste Europäische Partei ist die erst im Mai 2004 gegründete EL. In ihr sind 14 sozialistische und kommunistische Parteien versammelt. Geführt werden die Linken vom italienischen Kommunisten Fausto Bertinotti. In erster Linie war die EL mit dem Aufbau von Parteistrukturen beschäftigt. Nachdem das Statut auf dem Gründungskongress verabschiedet wurde, ging es unter anderem um die Registrierung als Europäische Partei beim EP, die Aufstellung eines Haushalts und um die Festsetzung von Regeln für den ersten Parteikongress, der im Oktober 2005 in Athen stattfinden wird. Schließlich wurde für eine einjährige Experimentierphase die Möglichkeit zur individuellen Mitgliedschaft eröffnet.

Inhaltlich einigend für die Linke ist, dass sie ein „anderes Europa“ wollen. Dies bezieht sich zum einen auf die soziale Dimension, wobei die EL die angeblich neoliberalen EU-Politik scharf kritisiert. Zum anderen ist die EL Gegnerin der Europäischen Verfassung und agierte entsprechend vor allem beim Referendum in Frankreich. Auch in Deutschland führte die Regierungsbeteiligung der PDS in Mecklenburg-Vorpommern dazu, dass sich das Land bei der Ratifizierung der Verfassung im Bundesrat enthielt.<sup>5</sup>

### Perspektiven

Durch das europäische Parteienstatut wurde die Rechtslage und die Finanzierung der Europäischen Parteien auf eine sichere Grundlage gestellt. Obwohl die Parlamentarisierung des Einsetzungsprozesses der EU-Kommission durch die Verfassung noch nicht weit genug geht,<sup>6</sup> erfuhren die Parteien dennoch einen Bedeutungsgewinn in diesem Kontext. Damit ist ein Präzedenzfall geschaffen, der durchaus dazu führen könnte, dass die großen Parteien anlässlich der nächsten EP-Wahl mit einer Art Spitzenkandidaten in den Wahlkampf ziehen.

### Weiterführende Literatur

Arnim, Hans-Herbert von / Martin Schurig: Die EU-Verordnung über die Parteienfinanzierung, Münster 2004.

Niedermayer, Oskar / Hermann Schmitt (Hrsg.): Europawahl 2004, Wiesbaden 2005.

<sup>4</sup> Vgl. <http://eurogreens.org>.

<sup>5</sup> Vgl. <http://www.european-left.org>.

<sup>6</sup> Vgl. Janis A. Emmanouilidis: Die institutionellen Reformen in der Verfassung – die neue Machtarchitektur der Europäischen Union, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Die Europäische Verfassung in der Analyse, Gütersloh 2005, S. 70-104, hier: S. 74f.